



Fraktion des Einwohnerrates Allschwil

Allschwil 12. September 2022

Interpellation

Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen

Auswirkungen der bereits umgesetzten Steuerreform SV17 und der geplanten Vermögens- und Einkommenssteuerreformen im Kanton Baselland auf die Gemeindefinanzen.

Die Auswirkungen der eben erst umgesetzten Steuerreform SV 17 sind langsam erkennbar. In verschiedenen Gemeinden sind gravierende strukturelle Defizite kommuniziert worden. Ein Problem für die Gemeinden unseres Kantons ist die Schwierigkeit, bei ständig wachsenden Ausgaben neue Einnahmen zu generieren. Die Gemeinden sind dabei abhängig von kantonalen und eidgenössischen Bestimmungen insbesondere im Bildungswesen und im Sozialbereich, was durchaus Sinn machen kann, um eine gemeinsame Basis interkommunal zu gewährleisten. Allerdings haben solche Bestimmungen jeweils Mehrausgaben für die Gemeinden zur Folge. Bereits mit der Steuerreform 17 und nun auch mit den geplanten Vermögens- und Einkommenssteuerreformen wird die Einnahmenseite zusätzlich massiv beschnitten. Und nun steht der Volksentscheid zur Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen an.

Eine ausreichende Ersatzfinanzierung von Bund/ Kanton an die Gemeinden wird nicht gewährt. Die Gemeinden sind zur Instandhaltung ihrer Infrastruktur, den heute geforderten Standards in der Bildung, Familien- und Alterspolitik verpflichtet und wünschen generell einen gewissen Handlungsspielraum, um ihr Gebiet für alle attraktiv zu gestalten.

Uns stellen sich nun folgende Fragen:

1. Mit welchen Mindereinnahmen bei den Steuern der juristischen Personen ist seit der Umsetzung der SV 17 zu rechnen? Wir bitten um möglichst detaillierte Angaben.
2. Wie viele Firmen von ausserhalb des Kantons haben sich seit der SV 17 in der Gemeinde neu angesiedelt?
3. Zu welchen Mindereinnahmen würde die aktuell geplante Vermögenssteuerreform I in unserer Gemeinde führen?
4. Ist bereits bekannt, inwiefern die kantonal angedachten Einkommens- und Vermögenssteuerreform II sowie die Abschaffung der Verrechnungssteuer einen Einfluss auf das Gemeindebudget nehmen wird?
5. Wie viel Prozent des jährlichen Durchschnitts-Einkommens (Ertrag) der Gemeinde würden durch diese geplanten Steuerreformen weniger eingenommen?
6. Welche Haltung vertritt der Gemeinderat zur Haltung des VBLG, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden vom Kanton entkoppelt werden sollen?
7. Welche Bemühungen tätigt der Gemeinderat, um beim Kanton auf einen finanziellen Ausgleich hinzuwirken?
8. Welche dringend notwendigen Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur und für Innovationen können aufgrund von Mindereinnahmen, die aus der SV 17 resultieren, nicht getätigt werden?

Wir bitten um eine schriftliche Antwort der Interpellation.

Vielen Dank für die Bemühungen.

Niklaus Morat
SP Fraktion

Martin Imoberdorf
SP Fraktion